

Redaktioneller Teil

Münchener Buchhändler-Verein.

In der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 17. April 1928 wurde folgender Vorstand gewählt:

- Egon Freiherr von Berchem (Max Kellerscher's Hofbuchhandlung), 1. Vorsitzender;
- Ernst Reinhardt (Ernst Reinhardt Verlag), 2. Vorsitzender;
- Georg Steinide (Georg C. Steinide Buchhandlung), 1. Schriftführer;
- Carl Alberti (Drei Masken Verlag), 2. Schriftführer;
- Walter Dimmer (M. Rieger'sche Universitätsbuchhandlung), Schatzmeister;
- Adolf Hieber (Max Hieber, Musikalienhandlung), Beisitzer.

München, den 24. April 1928.

Der Vorstand des Münchener Buchhändler-Vereins.
von Berchem, 1. Vorsitzender.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

Weniger die statistisch erfassbaren Vorgänge und ihr zahlenmäßiger Ausdruck sind im Augenblick geeignet, besondere Einsichten in die Gestaltung der Wirtschaftslage im allgemeinen zu vermitteln. Hier sind die Veränderungen nicht so groß, daß Wesentliches festzustellen wäre. Das Interessantere und Beachtlichere sind im Augenblick die großen Auseinandersetzungen fast programmatischer Art, die sich einerseits in den verschiedenen Neuwahlen dieses Jahres, andererseits in Lohnbewegungen, Kartellierungsberatungen, Schuldenliquidationsversuchen, Markt- und Börsenkämpfen u. a. m. abspielen, beiderseits in internationalem Ausmaß. Fast hat es den Anschein, als sei nunmehr das Schlachtfeld der Nachkriegszeit so weit überschaubar geworden, daß man glaubt, an das große, allgemeine Aufräumen gehen zu können. Die Liquidation der Versailler Psychosenerzeugnisse nicht nur in der Reparationsfrage, sondern auch in anderer Hinsicht scheint näher zu rücken. Dabei werden auch große grundsätzliche, man kann fast sagen: weltanschauliche Fragen mit der Lösung zugeführt werden müssen. Unzweifelhaft wird dabei Amerika, sobald es seinen neuen Präsidenten hat, die Führung übernehmen. Was für Deutschland und seine Wirtschaft von dem Ausgang dieser Entwicklung abhängt, braucht nicht weiter erläutert zu werden. Wachsamkeit und rechtzeitige Anpassung sind unerlässlich, aber auch eine entsprechende Gestaltung der inneren Lage.

Zu deren Beleuchtung hat soeben die 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages umfassend Gelegenheit gegeben. Am Schluß wurde folgende Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen:

Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist mit den in ihm vereinigten deutschen Industrie- und Handelskammern davon durchdrungen, daß die Pflege und Stärkung der deutschen Volkswirtschaft gegenwärtig mehr als je, nicht um des privaten Nutzens des einzelnen Wirtschafters willen, sondern zur Wiederbegründung und Sicherung von Volkswohlfahrt und Volkskultur, von den höchsten Interessen der Nation geboten ist. Denn trotz aller Bemühungen

und Erfolge ist die Lage der deutschen Volkswirtschaft eben jetzt an der Schwelle einer wirtschaftlich und politisch entscheidungsvollen Zeit besonders unsicher und schwierig. Diese Schwierigkeiten können überwunden und diese Unsicherheit kann abgewendet werden, wenn sich die bestimmenden Kräfte der Politik und die schaffenden Stände der Wirtschaft in gemeinsamer Erkenntnis der Lage und in vereintem Bemühen um das gemeinsame Ziel zusammensinden.

Von den in der Wirtschaft Stehenden verlangt diese Lage, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen auf den Zweck der Verbesserung und Verbilligung der Produktion und der Steigerung des Absatzes einzustellen. Kapitalaufwendungen wie Kreditbeanspruchungen streng auf ihren wirtschaftlichen Ertrag zu prüfen, Wertarbeit insbesondere zur Steigerung der deutschen Ausfuhr zu pflegen, Erziehung und berufliche Ausbildung des Nachwuchses zu fördern und, wo immer möglich, an den öffentlichen Aufgaben der Staats- und Selbstverwaltung mitzuarbeiten; sie verlangt weiter tätige Mithilfe an den Bemühungen, planmäßig die Erzeugung der Landwirtschaft zu steigern und an die Markterfordernisse anzupassen und so nicht nur an der Behebung landwirtschaftlicher Notstände, sondern auch an der Senkung des Einfuhrbedarfes mitzuarbeiten, sie verlangt besonders auch die Pflege der wertvollen produktiven Kräfte des Handels. Endlich folgt aus dieser Lage, daß auch die Kreise der Wirtschaft sich von allen nicht unerlässlichen Forderungen nach gesetzgeberischer oder sonstiger staatlicher Tätigkeit fernhalten.

Auf Seiten der Staatspolitik erfordert die volkswirtschaftliche Lage das praktische Bekenntnis zur Privatwirtschaftsordnung um seiner die Volkswirtschaft fördernden Antriebskräfte willen und damit den Verzicht auf nicht zwingend notwendige Eingriffe in die wirtschaftliche Tätigkeit, daneben Förderung der Wirtschaftserkenntnis, Schutz gegen Auswüchse des Wettbewerbs, entschlossene Inangriffnahme einer den neuen Verhältnissen auch der Volkswirtschaft entsprechenden Staatsreform unter dem Zeichen der Stärkung der politischen Reichsgewalt einerseits, lebendiger dezentraler Selbstverwaltung andererseits, um so steigende Leistung mit geringerem Aufwand zu erreichen. Gerade damit der deutsche Staat ein Staat wirklicher Volksgemeinschaft bleiben kann, muß er die Volkswirtschaft von den unerträglich gestiegenen öffentlichen Auslagen, soweit es irgend möglich ist, entlasten, um die Bildung von Anlage- und Betriebskapital zu erleichtern, die Selbstkosten und damit die Preise zu senken und Absatz und Beschäftigung zu stärken. Auf diese Ziele wird die Finanzgebarung aller öffentlichen Körperschaften eingestellt sein müssen; in Finanzausgleich und Steuergesetzgebung wird die Selbstverantwortung zu stärken, volkswirtschaftlich schädlichen Einseitigkeiten der Belastung namentlich beim Gewerbe entgegenzuwirken, der Notwendigkeit der Kreditbeschaffung Rechnung zu tragen und grundsätzliche Rechtmäßigkeit für die wichtigen Steuerarten zu sichern sein. Die Grundlagen der Sozialpolitik werden beibehalten, alle mit den sozialen Erfordernissen vereinbaren Senkungen des Aufwandes aber, der den Wirtschaftsertrag wie den Lohn immer erheblicher beengt, angestrebt werden müssen. Eingriffe des Staates in das Lohnwesen müssen auf das im überragenden Interesse der Allgemeinheit unentbehrliche Maß beschränkt werden. Ein Abgehen von dem Gedanken, daß Lohnverbesserungen stets mit dem Erfordernis der Rentabilität der Unternehmen in Einklang zu bringen sind, bedeutet eine unverantwortliche Gefährdung der Betriebe und ist daher aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zurückzuweisen. Bei der unabweislichen Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft ist eine sorgfältige Pflege der Ausfuhr insbesondere durch eine Handelspolitik erforderlich, die die Bervollständigung des Netzes von Meistbegünstigungsverträgen mit gleichzeitigen Tarifabreden und den Abbau von Handelshemmnissen betreibt.

Eine kraftvolle und einheitliche Politik, die auf diesen Wegen, in Zusammenfassung aller innen- und außenwirtschaftlichen, verwaltungs-, finanz- und steuerpolitischen wie sozialpolitischen Einzel-